

Sehr geehrte Frau Schmidt, sehr geehrter Herr Henke,

vor ca. einem Jahr, am 16.12.2015, haben Sie uns, dem Antikriegsbündnis Aachen, in einer gemeinsamen Stellungnahme Ihre Gründe dargelegt, warum sie am 3. Dezember für den Syrieneinsatz der Bundeswehr gestimmt haben. Vorausgegangen war dem eine Resolution der Teilnehmer an der Antikriegskundgebung vom 2.12.2015, in der Sie gebeten wurden, mit NEIN zu stimmen.

Auf der Podiumsdiskussion mit allen Aachener Bundestagsabgeordneten hat sich einzig Andrej Hunko gegen den Syrieneinsatz ausgesprochen und später auch mit "NEIN" gestimmt.

Leider haben Sie beide dann für den Kriegseinsatz votiert und dies letztlich damit begründet, dass es

"unausweichlich (sei), dass nach dem Ansatz der vernetzten Sicherheit, neben wirtschaftlichen und politischen Mitteln auch das Militär eingesetzt werden muss, denn mit einer Terrororganisation wie dem IS kann man sich nicht an einen Verhandlungstisch setzen."

Ein Jahr später ist Gelegenheit zu überprüfen, ob der Kriegseinsatz den Frieden näher gebracht hat, oder ob nicht zivile Maßnahmen besser geeignet gewesen wären.

Unschwer kann man feststellen, dass Tod, Elend und Flucht für viele Menschen in Syrien und dem Irak weiter an der Tagesordnung sind.

Leider muss man auch konstatieren, dass die von Ihnen selbst in Ihrer Antwort genannten zivilen Maßnahmen wie Austrocknung der Finanzquellen des IS oder die Unterbindung materieller und personeller Unterstützung über die Türkei auf Umsetzung warten. Selbst die Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linkspartei geantwortet, dass

"sich die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt (hat)." Tagesschau vom 16.8.2016.

Die Türkei greift zudem eigenständig in den Krieg ein, bombardiert kurdische Einheiten in Syrien und nützt damit den islamistischen Terroristen.

Wir bitten Sie daher bei der bevorstehenden Abstimmung im Bundestag am 10.11.2016 GEGEN eine weitere Mandatierung der Bundeswehr und die Beteiligung an NATO-AWACS-Einsätzen zu stimmen und sich für die Intensivierung von politischen Maßnahmen zur Isolierung der Terrorgruppen einzusetzen, wie z.B.

Einwirken auf die Türkei, um den Nachschub von Waffen, Munition und islamistischen Terroristen über die türkische Grenze zu Syrien und dem Irak zu unterbinden;

Einwirken auf Länder wie Saudi-Arabien und Qatar, die finanzielle und materielle Hilfe für die Terrorgruppen einzustellen;

Ausfuhrverbot von Waffen für Länder, die nachweislich den Terror in Syrien und Irak unterstützen wie die Türkei, Qatar und Saudi-Arabien.

Bitte bedenken Sie auch, dass eine Verfassungsklage gegen die Syrieneinsätze eingereicht wurde, da der Einsatz völkerrechts- und grundgesetzwidrig ist, da er objektiv die Angriffskriegsverbote des Grundgesetzes und der Uno-Charta verletzt und das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 GG, Art. 2 Abs. 4 Uno-Charta) stört.

Nach wie vor ist zudem die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 80%, gegen Auslandseinsätze und in der Befragung der Bundesregierung "Gut Leben in Deutschland" haben die Befragten als wichtigstes Ziel die Erhaltung des Friedens angegeben.

Am 8.11.2016 findet in Aachen eine Antikriegskundgebung statt, die sich gegen die Mandatsverlängerung für den Syrieneinsatz richtet. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie uns bis dahin eine Stellungnahme zu Ihrem Abstimmungsverhalten zustellen könnten, die wir der interessierten Öffentlichkeit bekanntgeben könnten.

Den MdB Hunko haben wir ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten.

Freundliche Grüße

Für das Antikriegsbündnis Aachen

Rudolf Gottfried